

# „ *Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla e.V.* „

## **BIRSO**

Vorsitzender Wolfgang Kleindienst; 07381 Pößneck, Kastanienallee 4a; Tel. 03647 423223; Fu.Tel. 0151 16160108; E-Mail: [kleindienst@birso.de](mailto:kleindienst@birso.de); Internet: [www.birso.de](http://www.birso.de)

## **Pressemitteilung**

Pößneck 01.06.2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um die Veröffentlichung der folgenden Pressemitteilung.

Zu OTZ 31.05.08 „Neustadt will grundhaften Ausbau nicht verschieben“

Die BIRSO unterstützt die Forderungen der Grundstückseigentümer der August-Bebel-Straße in Neustadt. Ein grundhafter Ausbau wird meist wegen notwendiger Investitionen von Versorgungsunternehmen geplant. Sollte dies der Fall sein, müssen die Versorgungsunternehmen den ursprünglichen Zustand der Straße wieder herstellen. Die Stadt könnte dann eine Oberflächenanierung vornehmen, die nicht beitragspflichtig ist.

Die Grundstückseigentümer wären dann wiederum nicht beitragspflichtig, weil kein besonderer Vorteil entsteht. Offenbar haben aber die Stadträte alle Einnahmen und Ausgaben für die Baumaßnahme schon im Haushalt eingestellt, wodurch die Ankündigung von zu erhebenden Straßenausbaubeiträgen (SAB) nur noch Formsache ist. Anwohnerversammlungen dienen nur noch der Vermittlung des Beitragsmaßstabes oder den Zahlungsformalitäten, nicht aber die Einflussnahme auf die Maßnahme. Die BIRSO bedauert es, dass vermutlich alle Stadtratsfraktionen in Neustadt nicht gewillt sind einzulernen und kein Interesse daran haben, den politischen Druck auf CDU und SPD im Thüringer Landtag zu erhöhen, um durch Gesetzesänderung die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen, mindestens jedoch, wie in Sachsen, die

Entscheidung zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen den kommunalen Parlamenten zu überlassen. In Sachsen baut man auch so Straßen mit Fördermitteln, ohne SAB zu erheben. Der Anteil der Fördermittel wird übrigens nicht den beitragspflichtigen Bürgern, sondern nur der Stadt gut geschrieben. Ein gleiches Maß für alle wird es bei Gesetzesänderungen nie geben, muss Dr. Rebelein wissen. So könnte z.B. die Stadt Neustadt nach 20 Jahren bereits wieder SAB dort erheben, wo bereits „Zwangsbeiträge“ erhoben wurden, wenn es sich erneut um beitragspflichtige Maßnahmen handelt. Die Bürger zahlen also unter Umständen alle 20 Jahre. Wo ist eigentlich die Gerechtigkeit, wenn alle Bürger einer Stadt die Straßen ohne Einschränkungen der dortigen Grundstückseigentümer nutzen können? Warum werden eigentlich für Bundes-, Landes- und Kreisstraßen keine SAB erhoben? Entsteht dort nicht auch ein s.g. „besonderer Vorteil“ für die Grundstückseigentümer. Allein diese Tatsache spricht für den steuerfinanzierten Ausbau aller öffentlichen Straßen.

Die „LINKE“ im Thüringer Landtag ist zur Zeit die einzige Partei, die SAB in Thüringen abschaffen will und hat dabei die volle Unterstützung unzähliger Bürgerinitiativen.

Das Wahljahr 2009 sollte auch in Neustadt/Orla dazu führen, dass es im Stadtrat politische Vertreter gegen SAB geben wird, damit die Interessen der Bürger, Planungen und Fördermittelbescheiden nicht nachstehen. Die Neustädter Grundstückseigentümer haben es mit dem Wahlzettel in der

Hand, die Richtung vorzugeben.

Der Vorschlag des Bürgermeisters zur Zahlung unter Vorbehalt ist problematisch, weil er aus unserer Sicht keine Wirkung hat. Da es sich hierbei um öffentliches Recht handelt, muss immer auf einen Bescheid ein Rechtsmittel, also Widerspruch oder Klage erfolgen. Nur so können die betroffenen Bürger ihren Rechtsanspruch wahren.

Die BIRSO ist bereit den betroffenen Bürgern ihre Hilfe anzubieten. Zur Zeit überprüfen wir die Satzung zur Erhebung von SAB in Neustadt. Sollte diese rechtswidrig sein, werden wir entsprechende Empfehlungen für das Einlegen von Rechtsmitteln, zumindest für unsere Mitglieder aussprechen. Wir werden auch eine Bürgerversammlung anbieten, wenn es gewünscht ist. Hoffen wir bis dahin auf eine politische Wende bei der Diskussion um Kommunalabgaben. Parteien, Bürgerinitiativen oder Wählergemeinschaften haben es in der Hand, Veränderungen zu beeinflussen, den Ärger und die finanziellen Schwierigkeiten der Bürger abzuwehren, Rechtsanwälte und Gerichte zu entlasten oder auch Verwaltungsaufwand einzusparen, wovon man übrigens Straßenbau finanzieren kann.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Kleindienst  
Vorsitzender BIRSO